

Die Nein-Kampagne zum Verfassungsreferendum beginnt

„Jetzt ist die richtige Zeit, um sich der Diktatur entgegenzustellen“

Ayhan Bilgen, Sprecher der Demokratischen Partei der Völker (HDP), hat auf einer Pressekonferenz in der Zentrale der HDP die Haltung seiner Partei zum anstehenden Verfassungsreferendum bekanntgegeben. „Wir werden eine klare ‚Nein-Kampagne‘ führen und uns so gegen das Präsidialsystem stellen“, so Bilgen. Über die Spekulationen, dass die HDP womöglich zum Boykott des Referendums aufrufen würde, erklärte der HDP-Sprecher, dass diese Option zu keinem Zeitpunkt zur Debatte stand.

Weitere Einzelheiten zur ‚Nein-Kampagne‘ verlaubliche Bilgen wie folgt: „Wir werden in naher Zukunft zwei Deklarationen veröffentlichten, in welchen wir einmal in Amed (Diyarbakir) und einmal in Istanbul zum demokratischen Kampf aufrufen werden.“ Desweiteren werde die HDP ab Anfang Februar rund zehn Tage lang in verschiedenen Orten Volksversammlungen einberufen und auf diesen gemeinsam mit der Bevölkerung über das weitere Vorgehen während der ‚Nein-Kampagne‘ diskutieren und beraten.

Auf der Pressekonferenz erklärte Bilgen außerdem, dass seine Partei durchaus mit Schwierigkeiten während ihrer Kampagne rechne. Auch Unregelmäßigkeiten am Referendumstag seien nicht ausgeschlossen. Bilgen sagte weiter: „Wir können nicht abschätzen, wie frei die Umstände sein werden, unter denen die Menschen ‚nein‘ sagen können. Bereits jetzt gibt es einen öffentlichen Druck gegen Kreise, die voraussichtlich gegen die Einführung des Präsidialsystems votieren werden.“

DTK: Unsere Völker brauchen eine demokratische Verfassung

Der Demokratische Gesellschaftskongress (DTK) mit Sitz in Amed hat ebenfalls zu einer breiten ‚Nein-Kampagne‘ beim Referendum über das geplante Präsidialsystem aufgerufen. In seiner Erklärung verweist der DTK darauf, dass das Erdogan-Regime bereits jetzt mit dem Ausnahmezustand de-facto eine faschistische Diktatur errichtet habe, welcher mit dem Referendum noch eine Verfassung übergestülpt werden solle. Anstelle einer Verfassung im Sinne der Präsidialdiktatur benö-

tige die Türkei eine pluralistische und demokratische neue Verfassung. „Mit einer solchen Verfassung würden sich alle gesellschaftlichen Probleme des Landes, angefangen mit der Kurdischen Frage, ohne Schwierigkeiten lösen lassen“, so der DTK. Die türkische Regierung setze aber auf die Unterdrückung und Auslöschung der demokratisch-gesellschaftlichen Dynamiken und versuche in einem Umfeld, in welchem kritische Medien zum Schweigen gebracht worden sind und die Bevölkerung keinen freien Zugang zu Informationen haben, ihr Verfassungspaket den Menschen zu verkaufen.

Dieses Spiel dürfe man der AKP aber nicht durchgehen lassen, erklärt der DTK und erklärt, dass jetzt die richtige Zeit sei, um sich der Diktatur entgegenzustellen. „Wenn wir das nicht tun, dann wird nicht nur unsere Zukunft, sondern womöglich auch die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinder verdunkelt werden. Aus diesem Grund rufen wir dazu auf, zu dieser nicht-demokratischen Verfassung ‚Nein‘ zu sagen“, so der DTK. (CA, 23.1., ISKU)

Meldungen:

Französische Justiz lässt Prozess gegen Mörder von drei kurdischen Aktivistinnen fallen

Die französische Justiz lässt den Prozess gegen Ömer Güney, dem mutmaßlichen Mörder der drei kurdischen Politikerinnen Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez fallen. Eine solche Entscheidung der französischen Justiz war nach dem plötzlichen Tod des dringend Tatverdächtigen Güney am 18. Dezember vergangenen Jahres erwartet worden. Güney war kurz nach dem Mord am 9. Januar 2013 durch die französischen Sicherheitskräfte festgenommen wurde. Die Beweislast ließ keinen Zweifel daran, dass Ömer Güney die ausführende Kraft hinter dem Mord war.

Was den Mordfall und nun den plötzlichen Tod von Ömer Güney allerdings brisant macht, ist der Verdacht, dass vermutlich der türkische Geheimdienst MIT Auftraggeber der Morde an den drei Frauen ist. Denn in der Folgezeit der Tat tauchten im Internet Mitschnitte von Gesprächen auf, auf denen Güney und zwei Mitgliedern des MIT über die Mordpläne beraten. Auch Fotos von Dokumenten, die über die Sozialen Medien gestreut wurden, sollen belegen, dass der türkische Geheimdienst den Mord in Auftrag gegeben haben soll.

Die Angehörigen der Mordopfer befürchten nun, dass mit dem Tod des dringend Tatverdächtigen die französische Justiz die Suche nach den Hintermännern des Mordes einstellen wird. Auch erheben die Angehörigen Vorwürfe gegen die französische Justiz, die den Prozessauftakt gegen Güney immer wieder verschoben hatte. Eigentlich sollte der Prozess nun am 23. Januar in Paris begonnen haben.

Sowohl die Familienangehörigen der ermordeten drei kurdischen Aktivistinnen als auch Vertreter kurdischer Organisationen in Europa haben erklärt, dass sie die Einstellung des Verfahrens nicht akzeptieren werden und alles in ihrer Möglichkeiten unternehmen wollen, um die verantwortlichen Hintermänner dieses Verbrechens vor Gericht zu bringen. (jW, 26.1., ISKU)

KobürgermeisterInnen von Qilaban festgenommen

Zeynep Uren, Yunus Urek Die Angriffe der AKP-Regierung gegen die von der Bevölkerung gewählten GemeindevertreterInnen in Bakur/Nordkurdistan halten ununterbrochen an. Heute

Bilanz der Menschenrechtsverletzungen 2016 in Bakur/Nordkurdistan

Die Zweigstelle des Menschenrechtsverein der Türkei IHD von Amed (Diyarbakir) hat ihren Menschenrechtsbericht für Bakur/Nordkurdistan (kurdische Gebiete in der Türkei) für das Jahr 2016 auf einer Pressekonferenz vorgestellt.

In dem Abschnitt über Tote und Verletzte heißt es in dem Bericht, dass im Jahre 2016 insgesamt 304 Personen von der Polizei und Gendarmerie außergerichtlich hingerichtet wurden, weitere 131 Personen wurden durch sie verletzt. Weiter wird ausgeführt, dass 6 Personen im Gefängnis gestorben und 6 Gefangene durch sogenannte „unbekannte Täter“ getötet wurden. 11 Gefangene haben durch unterlassene Hilfeleistung ihr Leben verloren. Hunderte Soldaten, Polizei, Guerillakräfte und Zivilisten haben in Folge von bewaffneten Auseinandersetzungen ihr Leben verloren, 1159 Personen wurden verletzt.

Im Grenzverlauf wurden bei 36 Explosionen von Minen u.ä. 13 Personen, darunter 9 Kinder, getötet.

Der Tod von 16 Männern, 8 Frauen und 2 Kinder sei als „zweifelhaft“ zu beurteilen. 11 Frauen haben in Folge von Suizid ihr Leben verloren. In Folge von „häuslicher Gewalt“ haben 30 Frauen und 8 Kinder ihr Leben verloren. Auch seien 11 Frauen in Folge von Gewalt in der Gesellschaft getötet und 6 sexueller Angriff ausgesetzt worden.

Im Bericht des IHD wurde auch auf beschlagnahmte Leichname von Guerillakämpfern verwiesen. Die Bilanz erfasst die Menschenrechtsverletzungen, die dem Menschenrechtsverein gemeldet wurden.

Folter

Folter und schlechte Behandlung während der Festnahme: 216
Folter und schlechte Behandlung durch Dorfschützer: 7

Folter und schlechte Behandlung außerhalb von Festnahmeorten: 138

Folter in den Gefängnissen: 191
Entführungen und Drohung zur Aufnahme von Spitzeltätigkeiten: 11

Drohungen: 29
Verletzte bei Demonstrationen durch Sicherheitskräfte: 54
Gewalt an der Schule: 1
Insgesamt: 647

Angriffe auf die Freiheit und Sicherheit des Menschen

Festnahmen
Erwachsene: 6710
Minderjährige: 150
Gesamt: 6860
Inhaftierung/Verhaftung
Erwachsene: 1684
Minderjährige: 40
Gesamt: 1724
Hausdurchsuchungen: 3556

Angriffe auf Meinungsfreiheit

Verbotene Aktivitäten/Veranstaltungen: 3

Gedenken an Hrant Dink

Im Gedenken an den vor zehn Jahren ermordeten türkisch-armenischen Journalisten Hrant Dink versammelten sich am 19. Januar Tausende Menschen zu einer Kundgebung in Istanbul. »Wir sind alle Hrant, wir sind alle Armenier«, skandierten sie vor dem Redaktionsgebäude der Zeitung Agos in Istanbul. Neben früheren Kollegen nahmen auch Dinks Witwe Rakel und die von der türkischen Justiz verfolgte Schriftstellerin Asli Erdogan an der Gedenk- und Protestveranstaltung teil. Dink war am 19. Januar 2007 von einem jungen türkischen Nationalisten vor der Redaktion seiner Zeitung Agos erschossen worden. Der zur Tatzeit minderjährige Täter wurde zu knapp 23 Jahren, ein Hintermann zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Rakel Dink machte in ihrer Rede den Staat für den Tod ihres Mannes verantwortlich. Der Journalist hatte sich für eine Versöhnung zwischen türkischen und armenischen eingesetzt. Die von ihm mitgegründete Zeitung war die erste im Land, die auf armenisch und türkisch erschien. Dink, von 1996 bis zu seinem Tod Chefredakteur von Agos, zog den Zorn türkischer Nationalisten auf sich, als er die Massaker an den Armeniern während des Ersten Weltkriegs als Völkermord bezeichnete. Die türkische Regierung lehnt diese Einstufung bis heute kategorisch ab. Der Fall Hrant Dink beschäftigt derzeit wieder die Gerichte. Unter

anderem wird gegen Polizeibeamte ermittelt, die von den Mordplänen gewusst haben sollen. Staatsanwälte beschuldigen Anhänger des islamischen Predigers Fethullah Gülen, den die Regierung auch für den Putschversuch vom 15. Juli 2016 verantwortlich macht, Auftraggeber des Mordes gewesen zu sein. Auf dem am zehnten Todestag von Dink an den Start gegangenen deutsch-türkischen Internetportal gazete.taz.de wies Canan Coskun darauf hin, dass die Ermittlungen gegen Geheimdienstbeamte erst nach dem Bruch zwischen der Regierungspartei AKP und der Gülen-Bewegung Ende 2013 aufgenommen wurden. Die Polizisten sind erst seit dem Putschversuch im letzten Sommer im Visier der Strafverfolgungsbehörden. Nach Einschätzung von Coskun wussten neben Gülenisten auch andere Staatsbeamte von den Mordplänen und taten nichts, sie zu verhindern. Dink hatte in seinem zehn Tage vor seinem Tod erschienenen letzten Artikel von Hass-E-Mails und Morddrohungen gegen ihn berichtet und davon, dass er einen Drohbrief der Staatsanwaltschaft in Sisli übergeben habe. Bislang habe sich dort aber niemand veranlasst gesehen, etwas zu unternehmen, schrieb er. Canan Coskun ist selbst von Verfolgung durch türkische Behörden betroffen, gegen sie laufen mehrere Gerichtsverfahren. Die 30jährige arbeitete für

die Zeitung Cumhuriyet, deren Macher beschuldigt werden, sowohl die Gülen-Bewegung als auch die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK zu unterstützen. Insgesamt sind laut gazete.taz.de derzeit fast 150 Journalisten in der Türkei inhaftiert. Unterdessen hat die Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit dem Putschversuch einem Medienbericht zufolge Haftbefehle gegen mehr als 400 Personen erlassen, die sich durch Nutzung eines verschlüsselten Handydienstes verdächtig gemacht haben sollen. Die jetzt im ganzen Land per Fahndung Gesuchten sollen die Messenger-App »Bylock« benutzt haben, berichtete der Sender Habertürk am Samstag. Die Regierung in Ankara geht davon aus, dass Anhänger der Gülen-Bewegung über die App ein Netzwerk gebildet haben. Präsident Recep Tayyip Erdogan sieht in seinem im US-Exil lebenden Erzrivalen Gülen den Drahtzieher des Putschversuchs im Juli. Unter den jetzt Gesuchten sind laut Habertürk viele Soldaten und Sicherheitskräfte. Bisher seien bei Razzien vor allem in Ankara und Istanbul zwölf Personen festgenommen worden. Rund 40.000 Menschen in der Türkei warten derzeit in Haft auf ihren Prozess. Sie werden beschuldigt, den Putschversuch unterstützt zu haben. (jW, 26.1., ISKU)

wurden die Kobürgermeisterin Zeynep Uren und der Kobürgermeister Yünüs Urek von Qilab-an, Provinz Şirnex (Şirnak) verhaftet. Bei den Überfällen der türkischen »Sicherheitskräfte« auf die Wohnhäuser der beiden, wurden sie während der Durchsuchung in Räume eingesperrt. Später wurden sie auf die Polizeidirektion von Qilab-an gebracht, welches weiträumig von Polizeikräften abgesperrt wurde. (ANF, 26.1., ISKU)

Ahmet Türk ins Krankenhaus eingeliefert
Der inhaftierte Kobürgermeister Ahmet Türk von Mardin (Mardin), der zu den kurdischen Politikern gehört, die von der AKP-Regierung gefangen gehalten werden, wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Ein kürzlich veröffentlichter medizinischer Bericht über seinen Gesundheitszustand, der von einem Institut für forensische Medizin erstellt wurde, erklärte, dass er aufgrund gesundheitlicher Probleme freigelassen werden müsse. Der 74-jährige Ahmet Türk wurde am 24.11.2016 verhaftet und wird im Gefängnis von Elazığ gefangen gehalten (ANF, 25.1., ISKU)

Rüstungsgüter für die Türkei
Die Zeitung The Guardian berichtet, dass Großbritannien allein im Zeitraum seit dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 bis heute der Türkei Güter im »Sicherheitsbereich« im Werte von 58 Millionen Euro (50 Millionen Sterling) geliefert habe, darunter ein Kampfflugzeug, Hubschrauber und Drohnen. Raketen und Bomben wurden im Werte von 4,5 Millionen geliefert. Großbritannien soll der Türkei seit 2015 Waffen und militärisches Material im Werte von insgesamt 380 Millionen Euro geliefert haben. (ANF, 22.1., ISKU)

Quellen:
ANF Firat Nachrichtenagentur
CA Civaka Azad
jW junge Welt

→ Bilanz der Menschenrechtsverletzungen

Verbotene und beschlagnahmte Zeitungen und Zeitschriften: 94
Razzien bei Zeitungen und Presseorganen: 11
Blockierte Internetseiten: 34
Geschlossene TV und Radiokanäle: 39
Eingeleitete Untersuchungen wegen Meinungsfreiheit
Gesamtuntersuchung: 33
Betroffene Personen: 575
Eingeleitete Verfahren wegen Meinungsfreiheit
Eröffnete Verfahren: 17
Betroffene Personen: 72
Erlassene Strafen wegen Meinungsfreiheit
Anzahl der betroffenen Personen: 114
Angriffe auf die Organisierungsfreiheit
Angriffe gegen Parteien, Gewerkschaften, Vereine und Kultureinrichtungen
Parteien: 47
Vereine: 9
Rathäuser und ihre Einrichtungen: 20
Bildungs- und Kultureinrichtungen: 4
Andere: 17
Organisationen, die geschlossen wurden oder mit Schließung konfrontiert sind

Vereine: 171
Bildungs- und Kultureinrichtungen: 11
Andere: 1
Angriffe auf Demonstrations- und Versammlungsrecht
Angriffe auf Versammlungen durch Sicherheitskräfte: 78
Verbotene Versammlungen: 38
Menschenrechtsverletzungen in den Gefängnissen
Überführung in andere Gefängnisse: 828
Verletzung des Rechts auf medizinische Behandlung: 54
Verbot von Familienbesuchen: 13
Isolation: 38
Disziplinarstrafen: 85
Verletzung des Informationsrecht: 46
Untersuchungen: 6
Andere Verstöße: 33
Verletzungen der ökonomischen und sozialen Rechte
Arbeitsunfälle
Todesfälle bei Arbeitsunfällen: 22
Verletzungen bei Arbeitsunfällen: 7
Entlassungen: 1.343
Verwaltungsuntersuchungen: 13.055
Suspensierte Verwaltungsangestellte: 10.259

Entlassene
Verwaltungsangestellte: 956
Strafen: 145
Verbannungen: 15
Zahlungsverzug: 2
Verletzungen des Rechts auf Bildung
Untersuchungen gegen UniversitätsdozentInnen: 27
Strafen gegen UniversitätsdozentInnen: 125
Ausgeschlossene HochschulabsolventInnen: 4
Verwarnungen gegen HochschulabsolventInnen: 3
Sonstige Rechteverletzungen
Treuhänder/Zwangsverwalter Ernennung von Treuhänder in den Gemeinden: 52
Ernennung von Treuhändern zu Gemeindeversammlungen: 7
Austausch der städtischen Mitglieder: 13
Verletzung des Rechts auf Gesundheit: 345
Verletzung des Eigentumsrechts: 132
Verletzung des Aufenthaltsrechts: 6
Sonstige Anwendungen: 72
Gesamtzahl der Verletzungen:
46.292
(ANF, 21.1., ISKU)

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org